

Wahlprogramm GRW 2026

DRUCK MACHEN

für ein soziales St. Pölten
Max Zirngast

KPO

Liebe St. Pöltnerin, lieber St. Pöltner,

Politik beginnt für mich nicht im Gemeinderat, sondern dort, wo Menschen leben. In den vergangenen Wochen war ich besonders im Norden von St. Pölten von Tür zu Tür unterwegs, um mit den Anrainer:innen über ihre Anliegen zu sprechen.

Dabei zeigte sich immer wieder dasselbe Bild: Viele fühlen sich von der Stadtpolitik nicht mehr gehört. Entscheidungen werden getroffen, ohne die Lebensrealität jener einzubeziehen, die mit steigenden Kosten, Rechnungen, die ihnen über den Kopf wachsen, unsicheren Jobs und wachsendem Druck kämpfen. Der Bürgermeister feiert die Entwicklung der Stadt, neue Projekte entstehen – aber auf die Menschen, die schon hier wohnen, wird vergessen. Auch der Leerstand bei den stadteigenen Wohnungen wird nicht angegangen. Dabei könnte hier schnell leistbarer Wohnraum geschaffen werden.

Die SPÖ regiert seit Jahrzehnten allein – seit 21 Jahren mit demselben Bürgermeister – und hört immer weniger zu. Hohe Wohnkosten, prekäre Arbeit, fehlende Kinderbetreuungsplätze, lange Wartezeiten im Gesundheitsbereich, wenig Angebote für junge Menschen – diese Sorgen vieler Menschen in unserer Stadt werden nicht mehr gehört. Die politische Opposition wird oft durch nicht-amtsführende Stadtratsposten ruhiggestellt, Kontrolle findet kaum statt.

Wir, die KPÖ, machen hier nicht mit. Wir wollen jenen eine Stimme geben, die von den etablierten Parteien überhört werden. Und wir wollen dem Bürgermeister genau auf die Finger schauen. Dafür brauchen wir eure Unterstützung – nicht nur am Wahltag, sondern auch im Alltag.

Dieses Programm enthält konkrete Ideen, wie St. Pölten sozialer, gerechter und demokratischer wird. Es braucht nicht nur Vorschläge, sondern auch jemanden, der nachfragt und hinschaut. Das wollen wir sein.

Max Zirngast
KPÖ-Spitzenkandidat

Wahlprogramm

Wohnen darf nicht arm machen	4
Mobilität darf nicht ausschließen	6
Soziale Politik: SozialCard	8
Bildung beginnt im Kindergarten	10
Gute Arbeit für alle	12
Geht's der Pflege gut, geht's uns allen gut	14
Umwelt und Klima: Stadtentwicklung für die Zukunft	16
Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik	18
Kultur und Freizeit: Teilhabe für alle	20



1. Wohnen darf nicht arm machen

Wenn Heizen zum Luxus wird

In den Wohnblöcken südlich vom Traisenpark erzählen einige Anrainer:innen, dass sie kaum noch heizen – aus Angst vor hohen Nachzahlungen. Wenn Menschen mit Jacke und Schal die Wohnungstür öffnen, dann ist die Teuerung keine Statistik mehr, sondern körperlich spürbar.

Teuerung wird spürbar – mitten im Alltag

Dann geht es nicht um Komfort, sondern um Gesundheit, um Würde und um die Frage, wie viel Kälte eine Gesellschaft ihren Mitgliedern zumuten will. Viele berichten von einem ständigen Abwägen zwischen Heizen und Essen. Und das mitten in einer Gesellschaft, die den Anspruch stellt, wohlhabend und sozial sicher zu sein. Das ist für viele nur mehr ein leeres Wort.

Wohnen in St. Pölten: Luxus statt Gemeinwohl

Die Wohnungsfrage hat sich österreichweit zu einer der drängendsten sozialen Herausforderungen entwickelt. Das ist auch in St. Pölten nicht anders. Während die Stadt wächst und sich entwickelt, wird Wohnen für immer mehr Menschen zum unerschwinglichen Luxus: Die Mieten und die Betriebskosten steigen kontinuierlich, während die Löhne stagnieren.



Max Zirngast bei Haustürgesprächen.

Die aktuelle Stadtpolitik hat diese Krise nicht nur verschlafen – sie hat sie aktiv befördert. Statt auf öffentlichen Wohnbau setzt die Stadt auf teure Projekte und überlässt den Wohnungsmarkt den Spekulanten. Das Leiner-Areal steht symbolisch für diese verfehlte Politik: Statt dringend benötigte leistbare Mietwohnungen zu schaffen, entstehen hier überwiegend teure Eigentumswohnungen für Besserverdienende.

Städtische Wohnungen stehen leer

Das zeigt sich auch in der Statistik deutlich. 2024 wurden nur noch 416 geförderte Wohnungen in ganz Niederösterreich bewilligt – ein Rückgang um 64 % seit 2020. In den stadteigenen Wohnungen, die in der Immobilien St. Pölten GesmbH ausgelagert sind, stehen viele Wohnungen leer und viele Objekte werden nicht mehr saniert. Hier wäre genug Wohnraum, der für die Bevölkerung leistbar zur Verfügung gestellt werden könnte.

Unsere Forderungen für leistbares Wohnen in St. Pölten

Gemeindewohnungs-Offensive

- **1.000 neue Gemeindewohnungen in den nächsten 10 Jahren.** Wir wollen dafür alle verfügbaren städtischen Grundstücke nutzen, Brachflächen aktivieren und Dachaufbauten fördern.
- **Barrierefreie Planung und generationengerechtes Wohnen** werden zum Standard, denn eine soziale Stadt schließt niemanden aus.
- Die **Vergabe der Stadtwohnungen sollte wieder über die Stadt** gemacht werden. Es braucht hier transparente und gerechte Vergabekriterien.

Mieterschutzpaket:

- **Eine Mietpreisbremse bei maximal 2 %** Erhöhung pro Jahr (nach Grazer Vorbild) gibt Mieterinnen und Mietern Planungssicherheit und verhindert Verdrängung durch hohe Kosten.
- **Start eines Kautionsfonds**, um Menschen bei der Wohnungssuche unter die Arme zu greifen – in Graz, Linz und Salzburg hat die KPÖ das bereits erreicht.
- In dringenden Fällen soll die Stadt die **Mitgliedschaftsgebühr beim Mieterschutzverband** für Menschen mit geringem Einkommen übernehmen.

Leerstandsbekämpfung

- Wirksame **Leerstandsabgabe** in Höhe eines Drittels der Durchschnittsmiete macht Spekulation unattraktiv und bringt tausende leerstehende Wohnungen auf den Markt.
- Die Stadt soll ein Modell entwickeln, wie der **Langzeit-Leerstand durch die Stadt vermietet** werden kann. Vorbild ist das Projekt „Sicher Vermieten“ von Vorarlberg.

Bezahlbares Wohnen und soziale Entlastung

- **Vorkaufsrecht der Stadt** beim Verkauf von Grundstücken und Mietshäusern.
- **Gebührenstopp** bei Strom, Gas und Fernwärme.
- **Starter-Wohnungen für junge Menschen** und leistbare Wohnheime.
- Bei Umwidmungen und Dichteerhöhungen – Verwendung von 100 % der Fläche bzw. Dichte für das **öffentliche Interesse**.

Vorrang des geförderten Mietwohnbaus

- Frauen, die von Gewalt betroffen sind, sollen **Übergangswohnungen der Stadt** zur Verfügung gestellt bekommen.
- Wichtige **Unterstützungsleistungen der Stadt** wie die Brennstoff-Aktion müssen **stärker beworben** werden.

2. Mobilität darf nicht ausschließen

Bessere Anbindung für alle

Die Stadt sagt: Fast alle St. Pöltner:innen erreichen eine Haltestelle in fünf Minuten zu Fuß. Das mag statistisch stimmen – im Alltag tut es das oft nicht. Das betrifft nicht nur die äußeren Stadtteile. Wer in den ländlichen Teilen St. Pöltens wohnt, kommt ohne Auto meist nicht weit. Aber auch im Zentrum mit an und für sich guter Infrastruktur ist es nicht immer so einfach: Wer etwa in der Maximilianstraße zwischen Praterstraße und Franz-Binder-Straße lebt, einem stark wachsenden Wohngebiet, hat deutlich längere Wege zu den nächsten gut angebotenen Haltestellen. Zwar gibt es die Haltestelle Maximilianstraße, sie ist jedoch nicht an zentrale Nord-Süd-Linien wie 1, 5 oder 12 angeschlossen. Fahrten nach Viehhofen, in den Süden, zum Ärztenzentrum oder zum Universitätsklinikum sind nur mit Umsteigen oder zusätzlichen Fußwegen möglich – etwa zur Haltestelle Fernheizwerk.

Pendeln frisst Lebenszeit

St. Pölten ist eine Stadt der Pendler:innen. Es wird aus- und eingependelt. Viele St. Pöltner:innen fahren zur Arbeit nach Wien, aber die Stadt hat gleichzeitig mehr Arbeitsplätze als Einwohner:innen. Obwohl bereits 54 % aller Wege zu Fuß, mit dem Rad oder mit Öffis zurückgelegt werden, fließt der Großteil des Verkehrsbudgets weiterhin in autozentrierte



Max Zirngast informiert über den Mieternotruf

Infrastruktur. Das Ergebnis: Pendler:innen verlieren jährlich rund 45 Stunden im Stau.

Mobilität darf kein Privileg sein

Diese Verkehrspolitik ist ineffizient und sozial ungerecht. Wer kein Auto hat, ist von vielen Bereichen des städtischen Lebens ausgeschlossen – besonders ältere Menschen, Kinder und Personen mit geringem Einkommen. Wir sehen Mobilität nicht als Luxus oder Privatangelegenheit, sondern als öffentliche Aufgabe: zuverlässig, leistbar und für alle zugänglich.

Unsere Forderungen für leistbaren Verkehr

Soziale Tarife statt teurer Tickets

- Öffi-Preise runter: **1€-Tagesticket, 10€-Monatsticket, 100€-Jahresticket.**
- Jahreskarte um **50 € für Sozial-Card-Besitzer:innen.**
- **Kostenlose Öffis als langfristiges Ziel** wie in Tallinn und Luxemburg – zunächst für alle in Ausbildung.

Mehr Busse, kürzere Wartezeiten

- **Taktverdichtung** bei Bussen und Ausbau von Busspuren.
- **Spätverkehr bis 1:00 Uhr** am Wochenende ermöglicht auch nachts sichere Mobilität ohne Auto.
- Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs durch **Wartehäuschen**, die vor Regen und vor Sonne schützen.
- **Nahverkehrsabgabe für Unternehmen** zum Öffi-Ausbau

Radfahren einfach und sicher machen

- Kostenlose **Fahrradservicestationen** ermöglichen kleine Reparaturen unterwegs.



- Wo möglich: **räumliche Trennung von Wegen für Rad und Auto.**
- Eine **Markierungsoffensive bei Rad- und Fußwegen**, denn mehr Sichtbarkeit bedeutet mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.

Kostenlos mobil – Schritt für Schritt

- **Tempo 30 auf allen Nebenstraßen** reduziert Lärm, Abgase und Unfallgefahr.
- **Verkehrsberuhigte Zonen vor Schulen und Kindergärten** schützen unsere Kinder.
- **Fußgängerzonen** und Begegnungszonen ausbauen.
- Wir wollen den **Domplatz als Herzstück der Stadt zurückerobern**: Keine zusätzlichen Parkplätze, sondern mehr Grünflächen und Aufenthaltsqualität. Gastronomie und öffentliche Events beleben den Platz, Fahrrad- und Fußgängerpriorität schaffen eine menschengerechte Innenstadt.



Aktive beim Plakate-Aufstellen in St. Pölten

3. Soziale Politik: SozialCard

Informationen leicht zugänglich machen

Bei Haustürgesprächen merken wir immer wieder: Es gibt Anlaufstellen und Unterstützungsleistungen der Stadt. Doch gerade dort, wo sie dringend gebraucht werden, sind sie kaum bekannt. Wir haben deswegen vor allem in den Wohnblöcken im St. Pöltner Norden Flyer mit Infos zum Heizkostenzuschuss und zur städtischen Brennstoffaktion verteilt und die Menschen in den Gesprächen darauf hingewiesen.

Es sagt viel über eine Stadt, wenn Menschen schlecht informiert werden, dann persönlich einen Antrag stellen müssen – und das nur Dienstag und Donnerstag von 9 bis 11 Uhr. Wer fühlt sich da nicht gefrotzelt?

SozialCard: Schnelle Hilfe

Das in einer Zeit, in der die Teuerung immer mehr Menschen in St. Pölten trifft. Auch jene, die früher gut ausgekommen sind, geraten unter Druck. Die Zahlen sprechen für sich: Rund 20.000 St. Pöltner:innen suchen jährlich die Sozialberatung auf, das zeigt, wie alltäglich soziale Not geworden ist. Zwei Drittel der Hilfesuchenden sind Frauen, 36 % der Alleinerziehenden von Armut betroffen – das ist das Ergebnis verfehlter Sozialpolitik.

Als ersten Schritt schlagen wir eine SozialCard vor. Viele Städte zeigen, dass sie rasch und wirksam hilft. Sie bündelt Unterstützungsangebote für



Menschen mit geringem Einkommen an einer Stelle, spart Zeit und reduziert bürokratische Hürden – für Betroffene wie für die Stadt.

Unnötige Bürokratie abbauen

Mit einer SozialCard wären einfach und unbürokratisch günstigere Öffi-Tickets, niedrigere städtische Gebühren sowie leistbare Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote möglich. Für Familien wäre das eine große Entlastung: Schulstartpakete, Ermäßigungen für Sportvereine oder Schwimmkurse verhindern, dass Kinder ausgeschlossen werden.

Unterstützung muss schnell und unbürokratisch ankommen. Viele scheitern heute an komplizierten Amtswegen. Eine SozialCard würde sofort helfen – ohne Warten und ohne Stress. So kann auch die Teilhaben der Menschen, die ökonomisch nicht so gut dastehen, sichergestellt werden.

St. Pölten kann mehr

Dass das funktioniert, zeigen Städte wie Graz, Linz, Salzburg oder Tulln längst. Was in St. Pölten fehlt, ist nicht das Wissen, sondern der politische Wille.

Soziale Politik ist die halbe Miete Unsere Forderungen

- **Die SozialCard** bündelt für Menschen mit wenig Einkommen ermäßigte Eintritte – damit Teilhabe an Kultur, Sport und Freizeit nicht am Geldbörsel scheitert.
- **Stadtteiltreffs in allen Stadtteilen** werden zu niederschweligen Anlaufstellen für Beratung, Hilfe und Gemeinschaft.
- Eine **ermäßigte Öffikarte um 50 € im Jahr** für SozialCard Besitzer:innen, wie in Linz, Graz und Salzburg.
- **Heizkostenzuschüsse und Brennstoffaktion automatisch auszahlen** über SozialCard.
- Leistbare **städtische Kantinen** für Haushalte mit wenig Einkommen.
- **Kostenlose Monatshygieneprodukte** in öffentlichen Einrichtungen ausgeben.
- **Kostenlose Waschmöglichkeiten für wohnungslose Menschen** sind eine Frage der Würde.
- **Geld für Bankerl** statt für Banken: Es braucht viel mehr Sitzbänke für Pausen, als Treffpunkt und für ein nettes Gespräch zwischendurch.
- Mehr **öffentliche Trinkbrunnen**, vor allem auch in Parks und an der Traisen, wo Menschen spazieren oder Laufen.
- **Öffentliche Toiletten** gehören zur Grundversorgung einer Stadt – für einen angenehmen Aufenthalt draußen braucht es auch stille Ört-

chen und zwar mehr davon.

- **Ausgewiesene Grillplätze** für mehr Freizeit und Gemeinschaft.
- **Kostenlose WLAN-Hotspots** in öffentlichen Räumen sind im 21. Jahrhundert eine Grundvoraussetzung für Teilhabe.
- **Gemeinschaftsgärten in allen Stadtteilen** schaffen nicht nur Grünflächen, sondern auch soziale Treffpunkte.
- **Psychosoziale Beratung für Jugendliche** bekämpft die Einsamkeitsepidemie.
- **Senior:innenbetreuung und Altenhilfe** ermöglichen ein würdevolles Altern in der eigenen Wohnung.
- **Frauenhäuser und Gewaltschutzeinrichtungen** bieten Schutz und Perspektiven. Hier ist Ausbau, nicht Einsparung notwendig.
- **Migrationsberatung und Integrationshilfen** stärken den Zusammenhalt in unserer vielfältigen Stadt.



Aktive beim Plakatieren

4. Bildung beginnt im Kindergarten

Bildung braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Gute Bildung beginnt lange vor der Schule. Dafür braucht es ausreichende und verlässlich organisierte Kinderbetreuung. In St. Pölten fehlt es jedoch an Betreuungsplätzen, vor allem an solchen, die mit dem Alltag von Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen vereinbar sind. Das hören wir immer wieder in Haustürgesprächen. Fehlende Betreuung in guten Betreuungseinrichtungen wirkt sich direkt auf die Bildungswege von Kindern aus.

Wenn Betreuung fehlt, entstehen Ungleichheiten

Die Lücken im Betreuungssystem treffen besonders Frauen. Meist sind es sie, die ihre Arbeitszeit reduzieren und schlechter bezahlte Jobs annehmen müssen. Frauen werden so strukturell in Teilzeit gedrängt – mit langfristigen Folgen wie geringeren Pensionen und einem erhöhten Risiko für Altersarmut. Es ist Aufgabe der Landespolitik, hier gegenzusteuern und Betreuungsangebote auszubauen.

Ungleiche Startbedingungen schon im Kindergarten

Die Zahlen zeigen das Ausmaß der Ungleichheit: Während in Spitzenregionen Niederösterreichs über 38 % der 3- bis 5-Jährigen in VIF-konformen Einrichtungen betreut wer-



Emily Draper – Jugendkandidatin der KPÖ

den, sind es in St. Pölten nur 12,1 %. Bereits im Kindergarten entscheidet sich damit, mit welchen Voraussetzungen Kinder ihren weiteren Bildungsweg beginnen.

Bildung darf kein Privileg sein

Die frühe Selektion ist ungerecht und kostet die Gesellschaft wertvolle Talente. Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen, sondern muss allen Kindern faire Perspektiven eröffnen.

Unsere Forderungen für gute Bildung

- **Kostenlose Ganztagsbetreuung für alle Kinder** entlastet Familien und sichert gleiche Startbedingungen.
- **Der Ausbau der VIF-Plätze** auf 50 % bis 2030 ist eine Investition in die Zukunft unserer Stadt.
- **Qualitätsoffensive in Kindergärten** mit besserer Bezahlung und kleineren Gruppen.
- **Mehr Elementarpädagog:innen** durch attraktivere Arbeitsbedingungen
- **Kostenloses und gesundes Mittagessen** für alle Schülerinnen und Schüler ist nicht nur eine soziale Maßnahme, sondern verbessert auch die Konzentration und Lernfähigkeit.
- **Mehr Schulsozialarbeiter:innen** und Psycholog:innen unterstützen Kinder in schwierigen Lebenssituationen.
- **Sanierung und Modernisierung aller Schulgebäude** schafft lernfördernde Umgebungen.
- **Soziale Zentren mit Lernräumen für Kinder und Jugendliche** in allen Stadtteilen.
- **Verpflichtender Schwimmunterricht** für alle Volksschulkinder rettet Leben und fördert die Gesundheit.
- **Kostenlose Schwimmkurse** in den Ferien machen das Angebot für alle Familien zugänglich.
- **Der Schwimmfonds** für einkommensschwache Familien über-

nimmt Kosten für Badebekleidung und Eintritte.

- **Kostenlose Deutschkurse** für alle ermöglichen Integration und Teilhabe.
- **Das Erwachsenenbildungszentrum** in der Innenstadt wird zum lebendigen Ort des Austauschs und Lernens.
- **Digitale Lernangebote für alle Altersgruppen** schließen die digitale Kluft.
- **Bildungsberatung und Lernunterstützung** helfen beim lebenslangen Lernen.



Demonstration für gute Bildung.

5. Gute Arbeit für alle

Die Lebensrealität ernst nehmen

Wer durch den St. Pöltner Norden geht – egal ob Mühlweg oder Propst-Führer-Straße – hört ähnliche Geschichten: Familien, die jeden Cent zweimal umdrehen müssen, Beschäftigte, die trotz Vollzeitjob kaum über die Runden kommen und Menschen, die trotz Qualifikation keine Perspektive finden. Die Teuerung frisst Einkommen auf, stagnierende Löhne machen vielen das Leben schwer.

Ehrlicher Blick auf den Arbeitsmarkt

Der St. Pöltner Arbeitsmarkt zeigt ein zwiespältiges Bild: Während die offizielle Wirtschaftsförderung Erfolgsmeldungen verbreitet, waren im Juli 2025 5.283 Personen arbeitslos gemeldet – ein Anstieg um 4,1 % gegenüber dem Vorjahr. Noch alarmierender ist die Langzeitarbeitslosigkeit, die im ersten Halbjahr 2025 um 31,6 % gestiegen ist.

Menschen stehen im Mittelpunkt

Hinter diesen Zahlen stecken menschliche Dramen: Der gelernte Arbeiter, der mit 55 keine neue Stelle findet; die Handelsangestellte, die von ihrem Gehalt nicht leben kann; der Lehrling, der als billige Arbeitskraft ausgenutzt wird; die Akademikerin, die nur befristete Verträge bekommt.



Max Zirngast bei Haustürgesprächen.

Arbeit mit Sicherheit und Perspektive

Wir treten für eine Wirtschaftspolitik ein, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – nicht an den Profitinteressen von Konzernen. Gute Arbeit, faire Löhne und soziale Sicherheit sind keine Standortnachteile, sondern die Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft. St. Pölten kann mehr sein als ein Ort, an dem Menschen durch unsichere Jobs und niedrige Löhne belastet werden. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Arbeit wieder Sicherheit, Perspektive und Würde bietet.

Unsere Forderungen für gute Arbeit

- **Mindestlohn von 2.000 € netto** in städtischen Betrieben setzt einen Standard, dem private Betriebe folgen sollen.
 - **Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** in städtischen Unternehmen sofort umsetzen – die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als mittelfristiges Ziel.
 - **Bevorzugung von Betrieben mit Kollektivvertrag** bei der Vergabe öffentlicher Aufträge belohnt faire Arbeitsbedingungen.
 - **Die Ausbildungsplatz-Offensive** in städtischen Unternehmen sichert den Fachkräftenachwuchs und gibt Jugendlichen eine Perspektive.
 - **Mehr Personal und bessere Bezahlung in Pflege** und Kinderbetreuung
 - **Förderung von Genossenschaften und Sozialbetrieben** stärkt
- die regionale Wirtschaft und schafft demokratische Arbeitsplätze.
- **Regionale Wirtschaftskreisläufe reduzieren Abhängigkeiten** und schaffen stabile Arbeitsverhältnisse.
 - **Die Digitalisierungsoffensive** für kleine Betriebe hilft beim Übergang in die digitale Ära.
 - **Ökologische Umstellungsberatung unterstützt** Betriebe bei der notwendigen ökologischen Transformation.
 - **Kostenlose arbeitsrechtliche Beratung** für alle St. Pöltner:innen stärkt die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
 - **Lehrlings- und Jugendberatung** unterstützt beim Einstieg ins Berufsleben.
 - **Betriebsratsförderung** stärkt die Mitbestimmung in den Betrieben.



Aktive beim Plakatieren.

6. Gesundheit: Geht's der Pflege gut – geht's uns allen gut

Gesundheit muss für alle erreichbar sein

Monatelange Wartezeiten auf Facharzttermine sind in St. Pölten Alltag. Bei unseren Haustürgesprächen sind es vor allem ältere Menschen, Familien und chronisch Kranke, die verunsichert sind, wie es mit dem Gesundheitssystem in Niederösterreich weitergehen soll. Wir haben gleich mehrere Menschen getroffen, die gegenüber des Universitätsklinikums St. Pölten wohnen und dort zwei Jahre auf eine Knieoperation warten müssen – mit Schmerzen! Der Gesundheitsplan 2040+ der Landesregierung wird die Lage in St. Pölten nicht besser machen.

Versorgung vor Ort stärken

Notarztstützpunkte sollen geschlossen, das Landesklinikum Gmünd dichtgemacht werden – über 200.000 Menschen verlieren so wichtige Versorgung. Weniger Kliniken bedeuten mehr Belastung für bestehende Häuser. Wie gesagt: Schon jetzt warten Patient:innen oft Monate auf OP-Termine, z. B. 45 Wochen auf eine Wirbelsäulen-OP oder noch viel länger auf eine Knie-OP.



Gute Pflege braucht gute Bedingungen

Das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich ist ebenfalls schon am Anschlag. Das Universitätsklinikum St. Pölten verzeichnet jährlich über 50.000 stationäre Aufenthalte und fast 740.000 ambulante Kontakte. Das Pflegepersonal ist überlastet.

Mehr Gesundheit statt Kürzungen

Wir treten für ein Gesundheitswesen ein, das Menschen vor Profit stellt. Wohnortnahe Versorgung, ausreichend Ärzt:innen und Pflegekräfte, psychische Unterstützung, Prävention und mobile Angebote dürfen kein Luxus sein. Schließungen und Kürzungen gefährden Leben. St. Pölten wächst, der Zentralraum wächst – wir brauchen mehr und bessere Versorgung, nicht weniger. Die SPÖ stimmt den Kürzungsplänen der Landesregierung zu, aber schweigt darüber, was das alles für St. Pölten bedeuten wird.

Unsere Forderungen für gute Gesundheit

- Wir setzen uns **gegen die Schließung des Krankenhauses in Gmünd** ein.
- **Nein zur Schließung der Notarztstützpunkte** in Niederösterreich.
- **Primärversorgungszentren in allen Stadtteilen** von St. Pölten bringen die medizinische Versorgung dorthin, wo die Menschen leben.
- **Mehr Kassenärztinnen und -ärzte** durch attraktivere Niederlassungsbedingungen.
- **Kostenlose Psychotherapieplätze** bekämpfen die Wartezeiten.
- **Mobile Gesundheitsangebote** erreichen auch jene, die nicht mobil sind.
- **Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln.**
- **Schwangerschaftsabbruch kostenfrei** und diskriminierungsfrei.
- **Attraktivere Arbeitsbedingungen in der Pflege** mit besserer Bezahlung und kleineren Betreuungsschlüsseln. Bezahlung von Pflegepersonal in Ausbildung (Vorbild Polizei), damit Ausbildung und Beruf attraktiver werden.
- **Bessere Personalschlüssel** entlasten das Pflegepersonal und verbessern die Versorgungsqualität.
- **Unterstützung für pflegende Angehörige** durch Auszeiten und finanzielle Absicherung.
- **Gesundheitskurse zu Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung.**
- **Suchtprävention und Beratung** für Jugendliche und Erwachsene.
- **Sport- und Bewegungsangebote** für alle Altersgruppen in allen Stadtteilen.



7. Umwelt und Klima: Stadtentwicklung für die Zukunft

Gemeinsam für ein gutes Zusammenleben

Ein Streit im Stiegenhaus beginnt oft banal – etwa mit einem stehengebliebenen Müllsack. In den letzten Tagen waren wir in der alten Eisenbahner-Siedlung an der Praterstraße unterwegs und haben mit den Nachbar:innen über ihre Anliegen gesprochen. Dabei zeigte sich: Viele kämpfen mit Konflikten rund um Mülltrennung und Abfallmanagement.

Unsere Stadt klimafit machen

Doch die kleinen Probleme spiegeln größere Herausforderungen wider. St. Pölten steht vor gewaltigen ökologischen Problemen: Hitzetage, Überschwemmungen in Harland und Spratzern oder am Kremserberg. Versiegelte Flächen, die das Stadtklima aufheizen. Zwar sinken die Emissionen in Niederösterreich insgesamt, doch in der Stadt werden die Potenziale kaum genutzt.

Mehr Grün statt Flickwerk

Die bisherige Umweltpolitik wirkt oft wie ein Flickwerk: Einzelne grüne Inseln, unkoordinierte Maßnahmen, die große Herausforderungen nicht angehen.

Nachhaltigkeit, die allen zugutekommt

Wir setzen uns für eine Umweltpolitik ein, die ökologische Notwendigkeiten mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Die ökologische Wende muss so gestaltet werden, dass sie nicht zu Lasten einkommensschwacher Haushalte geht. Nachhaltigkeit muss für alle zugänglich sein – beim Heizen, Strom, Mobilität oder Zugang zu Grünräumen und Mülltrennung. St. Pölten ist eine lebenswerte Stadt – sorgen wir gemeinsam dafür, dass das auch in Zukunft so bleibt.



Max Zirngast mit Wahlplakat der KPÖ

Unsere Forderungen für gute Umwelt

- Die Stadt startet eine Offensive, die **Regeln für Mülltrennung in verschiedenen Sprachen** in allen Häusern aufzuhängen.
- **Solaroffensive auf städtischen Dächern** nutzt das gewaltige Potenzial öffentlicher Gebäude.
- **Sanierungsoffensive für Gebäude senkt** Energieverbrauch und Kosten.
- **Ausbau der Fernwärme** mit erneuerbaren Energien macht unabhängig von fossilen Importen.
- **Energiegemeinschaften** ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an der Energiewende.
- **1.825 neue Bäume in den nächsten fünf Jahren** (das ist ein Baum pro Tag) kühlen die Stadt und verbessern die Luftqualität.
- **Dach- und Fassadenbegrünung** schafft Lebensraum und senkt Temperaturen.
- **Entsiegelung von Parkplätzen** reduziert Hitzeentwicklung und verbessert das Stadtklima.
- **Urbane Gärten** in allen Stadtteilen schaffen Grünflächen und Gemeinschaft.
- **Naturnaher Ausbau der Traisen** schützt vor Hochwasser und schafft Lebensraum.
- **Rückhaltebecken in Harland und Spratzern** schützen die am stärksten betroffenen Gebiete.
- **Entsiegelung in hochwassergefährdeten Gebieten** verbessert die Versickerung.



Max Zirngast und Jugendkandidatin Emily Draper.

8. Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik

Es steht nicht gut um die Demokratie in St. Pölten. Bei der Gemeinderatswahl 2021 beteiligten sich nur 56 % der Wahlberechtigten – ein klares Zeichen für ein wachsendes Demokratiedefizit. Viele Menschen haben das Gefühl, dass Entscheidungen intransparent getroffen werden und ihre Stimmen kaum zählen.

Ursachen erkennen, um Demokratie zu stärken

Die Ursachen sind vielfältig: undurchsichtige Entscheidungsprozesse, fragwürdige Vergaben – und eine politische Kultur, die sich immer weiter von den Lebensrealitäten der Menschen entfernt. Während sich Spitzenpolitiker:innen hohe Luxusgagen genehmigen, wird Mitbestimmung zur Nebensache. Der Bürgermeister Matthias Stadler bestimmt in St. Pölten alles. Gleichzeitig lassen sich Oppositionsparteien in St. Pölten mit nicht amtsführenden Stadtratsposten ruhigstellen und profitieren vom bestehenden System.

Mehr Transparenz für eine lebendige Stadt

Auch im Alltag zeigt sich dieses Demokratiedefizit. Informationen, die öffentlich zugänglich sein sollten, sind auf der städtischen Homepage



schwer auffindbar. Nun wird sogar der Livestream der Gemeinderatsitzungen abgeschaltet. Aus Spargründen angeblich: Kostenpunkt ca. 16.000 € im Jahr. Der Eindruck verstärkt sich: Bürgermeister Stadler will weder Kritik hören, noch Einblick in seine Arbeit geben.

Politik von unten: Mitbestimmung ermöglichen

Die Folgen sind gravierend: Politikverdrossenheit wächst, Entscheidungen gehen an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Wenn Bürger:innen nicht mitentscheiden können, wird Politik zum Elitenprojekt. Gerade deshalb braucht es eine andere Politik. Die KPÖ lebt, was sie sagt: Unsere Mandatar:innen behalten sich nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Der Rest wird an die Menschen zurückgegeben. Wir hören zu, handeln und stellen soziale Fragen ins Zentrum – mit einem klaren Blick von unten.

Unsere Forderungen für Demokratie & Transparenz

- **Senkung der Politgehälter.**
- St. Pölten hat elf offiziell nicht-amtsführende Stadträte. Wir sagen: **Stadträte reduzieren** und mit Ressorts beauftragen.
- Wir gehen mit gutem Beispiel voran: **Kein KPÖ-Politiker nimmt mehr als einen Facharbeiter-Lohn** – der Rest geht an Menschen in Notlagen.
- Verbindliche **Obergrenze für die Wahlkampfkosten.**
- **Parteienförderung an Wahlbeteiligung koppeln**, damit Parteien einen Anreiz haben, sich wieder um Nichtwähler:innen zu bemühen.
- **Den Einfluss der Parteien zurückdrängen** – transparente und unabhängige Vergabe von Stellen und Positionen
- **Freie Medien fördern** – als unabhängige und bürgernahe Medien, die der Politik auf die Finger schauen
- **Regelmäßige Bürgerversammlungen** in allen Stadtteilen schaffen direkten Kontakt zwischen Politik und Bevölkerung. Die Politik muss der Bevölkerung Rede und Antwort stehen.
- **Bindende Volksabstimmungen ab 3.000 Unterschriften** geben der Bevölkerung echte Entscheidungsmacht.
- **Ein Jugendgemeinderat** mit Entscheidungsbefugnissen beteiligt junge Menschen an sie betreffende Bereiche.
- **Wahlrecht für alle, die in St. Pölten leben.**
- **Offenlegung aller städtischen Verträge**, damit undurchsichtige Deals endlich beendet werden können.
- **Lobbyregister für politische Einflussnahme** zeigt, wer warum auf die Politik einwirkt.
- **Whistleblower-Schutz** ermutigt zum Aufdecken von Missständen.
- **Veröffentlichung aller Förderungen und Subventionen** in verständlicher Weise.
- **Veröffentlichung aller Stadtrechnungshofberichte.**
- **Überprüfung der Verwendung der städtischen Fraktions- und Parteienförderung** durch den Stadtrechnungshof.
- **Veröffentlichung auch alter Verordnungen** und Beschlüsse auf der digitalen Amtstafel.
- Die Stadt soll sich für eine **Gesetzesnovelle einsetzen, die echte Kontrolle bringt** – jede Fraktion soll mit einer Stimme im Kontrollausschuss vertreten sein, statt der aktuellen Übermacht der Bürgermeisterpartei.

9. Kultur und Freizeit: Teilhabe für alle

Raum für Bewegung, Spiel und Begegnung schaffen

Beim Spazieren durch viele Stadtteile in St. Pölten fällt es sofort auf: An fast jeder dritten Ecke liegt eine Fläche brach, die eigentlich für Bewegung, Sport und Begegnung genutzt werden könnte. Bei unseren Haustürgesprächen haben Jugendliche klar gesagt: Sie wollen mehr Sportplätze, mehr Raum, um sich auszutoben – statt leere Flächen, die ungenutzt bleiben. Die Stadt hat aktuell nur ein Jugendzentrum. Das ist viel zu wenig um den Bedürfnissen der jungen Menschen in St. Pölten gerecht zu werden.

Kultur für alle statt Kultur für wenige

Ähnlich sieht es im kulturellen Bereich aus. St. Pöltens kulturelles Leben ist zweigeteilt: Auf der einen Seite hochsubventionierte Einrichtungen wie das Festspielhaus, auf der anderen Seite kämpfen freie Kulturinitiativen ums Überleben.

Das Symbol für die gescheiterte Kulturpolitik der Stadtregierung ist die Tangente. Vieles an der Tangenten mag gut gemeint gewesen sein, das Ergebnis ist aber wenig zufriedenstellend. Vor allem dann, wenn man das Budget von über €16 Millionen hernimmt, das sich Stadt und Land geteilt haben. Unterm Strich bleibt



Aktive auf dem Weg zu Haustürgesprächen.

von der Tangente wenig über. Bürgermeister und Landeshauptfrau wollten etwas beweisen, nachdem Bad Ischl und nicht St. Pölten den Zuschlag als Kulturhauptstadt Europas bekommen hat. So wurde zeitgleich eine „Gegenkulturhauptstadt“ in St. Pölten veranstaltet. Vielleicht passend, wird ja doch der Namensgeber der Stadt, der Heilige Hyppolit ja auch als erster Gegenpapst der Geschichte verhandelt. Die lokale Kulturszene wiederum wurde kaum in die Tangente eingebunden - es blieb eine Veranstaltung von oben. Die Vermittlung für breite Teile der St. Pöltner Bevölkerung fehlte – gerade das hätte es aber bei so einem Aufwand gebraucht.

Gemeinschaft stärken durch lebendige Kultur

Wir treten für eine Kulturpolitik ein, die alle Menschen erreicht und niemanden ausschließt. St. Pölten hat viel Potenzial. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Stadt ein Ort bleibt, an dem Menschen nicht nur wohnen, sondern sich bewegen, begegnen und Kultur erleben können.

Unsere Forderungen für Kultur & Freizeit

- **Zwischennutzungen für brachliegende Flächen:** Temporäre Sportplätze zum Fußballspielen schaffen.
- **Kostenlose Sportangebote in Parks** machen Bewegung für alle zugänglich.
- **Höhere Förderungen für freie Kulturinitiativen** stärken die basisnahe Kulturarbeit.
- **Faire Bezahlung für Künstler:innen** sichert deren Existenz.
- **Kostenloser Eintritt in städtische Museen** ermöglicht kulturelle Teilhabe unabhängig vom Einkommen.
- **Ateliers und Proberäume für Kunstschaffende** schaffen Arbeitsmöglichkeiten in der Stadt.
- **Schaffung von neuen Jugendzentren** in allen Teilen St. Pöltens.
- **Mehr öffentliche Freiflächen für Kulturveranstaltungen** in allen Stadtteilen beleben das Gemeinwesen.





MIETER NOTRUF

Kein Anliegen ist zu klein
kostenlose Mietrechtsberatung

☎ **0677 620 783 84**

KPO

Heizkostenzuschuss beantragen!

Die wichtigsten Infos auf einen Blick: Das Land NÖ vergibt 150 Euro Heizkostenzuschuss, die Stadt St. Pölten stockt diesen um 300 Euro auf.

Antrag bis zum 31. März stellen: Der Antrag erfolgt persönlich bei der städtischen Sozialhilfe (Adresse: Am Bischofteich 1), Dienstag & Donnerstag 9–11 Uhr.

Voraussetzung ist: Hauptwohnsitz in St. Pölten (mind. 6 Monate) und ein Einkommen unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz. (Alleinstehende unter € 1.273,99 brutto, Paare unter € 2.009,85, pro Kind + € 196,57, pro zusätzlichen Erwachsenen + € 735,86)

Nicht vergessen: Mitzubringen sind Einkommensnachweise, Bankverbindung (IBAN, BIC), ggf. Aufenthaltstitel bzw. Schul-/Studien-nachweise für volljährige Kinder.

SozialCard für St. Pölten

Wenn Menschen mit Haube und Schal die Tür öffnen, weiß man: Die Teuerung ist längst im Wohnzimmer angekommen. Hilfe gäbe es – doch Stadt und Land verstecken sie hinter schlechter Information und absurden Amtswegen. Wer friert, muss persönlich vorsprechen, zu Mini-Öffnungszeiten.

So darf soziale Politik nicht aussehen. Deswegen setzt sich die KPÖ für eine **SozialCard** ein, die Unterstützungen automatisch auszahlt.

Bis es sie gibt informieren wir selbst, damit niemand im Kalten sitzen bleibt.



Max Zirngast
KPÖ St. Pölten

KPO

KPÖ: Jede Stimme hilft!



25. Jänner: Max Zirngast

Impressum: KPÖ Niederösterreich, Andreas-Hofer-Str. 4, 3100 St. Pölten